

# Volke-Zeitung

Dreizehnhundertfünftzigster Jahrgang.

Nr. 129.

Halle, Dienstag, den 18. März.

1919.

Anzeigen

Preis 1.75 Pf. ...

Bezugspreis ...

## Wiedereinberufung der Nationalversammlung.

Berlin, 17. März. Die bis zum 25. März verordnete Nationalversammlung soll, wie die „Volksztg.“ schreibt, noch in diesem Jahre in Berlin noch dem 28. zum Abschluss kommen. Die Reichsregierung soll demnach am 22. nächst. Weimarer veröffentlichen, dass eine Ueberprüfung der Nationalversammlung nach Berlin im Hinblick auf die Arbeiten wurde ermöglicht worden. Man rechnet, dass die Nationalversammlung bis Ende Mai in Weimar tagen und dann als verfassungsmäßiges Volksorgan zur Übernahme der laufenden parlamentarischen Arbeiten nach Berlin überföhrt wird.

## Preussische Landesversammlung.

Berlin, 17. März. Beginn der Sitzung 12 Uhr 15. Weiterberatung des Antrages Hoffmann (Unabh.). Dazu liegt ein Antrag der Unabhängigen Sozialisten vor auf Einberufung eines Untersuchungsausschusses aus Mitgliedern der Landesversammlung und des Berliner Volksrates, der die Vorgänge, die sich auf den Straßen Berlins in der letzten Woche abspielten, untersuchen soll. Ein Antrag der Mehrheitssozialisten will die Kommission mit der Feststellung der Ursachen und des Verlaufes der Unruhen betrauen. Ministerpräsident Hirsch: Den Spartakismus werden wir, soweit es sich um eine geistige Bewegung handelt, mit geistigen Waffen bekämpfen, aber der Gewalt wird die Gewalt entgegengesetzt werden. (Beifall.)

Kriegsminister Reinhardt: Der Kampf gegen den Bolschewismus ist unbedingt notwendig, und wir müssen erwarten, dass den Männern, die im Kampfe gegen das plündernde Gesindel ihr Leben einbringen, einmütig gedankt wird. Die Behauptungen des Herrn Ullrich Hoffmann kann ich im einzelnen nicht beantworten; das ist eine Unmöglichkeit. Ich muß mich verwehren, daß einzelne Ausbreitungen, die aus der Jugend der Truppen zu erklären sind, auf eine Stufe gestellt werden mit den Taten der Räuber und Mörder. Ebenso lege ich Protest ein gegen die Art, mit der der Abgeordnete Hoffmann den Kaiser kritisierte, der sich lediglich aus wasserlathen Empfinden nach Holland zurückgezogen hat. Sie machen so gern die Gefahr der Gegenrevolution an die Wand. Welchen Anlaß haben Sie dazu? In diesen Kämpfen haben Sie gesehen, mit welcher unbedingten Feinde und Hingabe sich die Führer und Truppen dem sozialistischen, nicht militärischen Oberbefehlshaber untergeordnet haben. (Beifall.)

## Ag. Siering (Soz.): Der Generalkrieg.

Man mag zu ihm stehen wie man will, ist beschmutzt worden durch verbrecherische Banden. daß die Regierung gegen dieses Verbrechen mit den allerbesten Mitteln losgeht, begrüßen wir. Ag. Gronowski (Str.): Wir helfen die Zeit noch nicht für gekommen, um nun auch den Belagerungszustand aufzuheben. Die Unabhängigen und Spartakisten kann man streifen in einen Sad werfen. schade, daß die verhängten Strafen die Hauptschuldigen nicht treffen haben. Die Regierung hätte die führenden Spartakisten in Schutzhaft nehmen sollen. Der Antrag der Mehrheitssozialisten beharrt der Erweiterung auf ganz Preußen. Sie ist nicht angeht, daß die Untersuchung auf Berlin beschränkt wird. Wenn der Antrag so gestellt wird, werden wir ihm zustimmen.

Ag. Riedel (Dem.): Daß der Belagerungszustand nicht aufgehoben werden kann, versteht sich von selbst. Der parlamentarische Antrag der Unabhängigen soll nur die Ueberprüfung betreffen, die sie sich bei dem Generalkrieg geföhrt haben. Dem Antrag der Mehrheitssozialisten werden wir mit der Ag. Gronowski vorgeschlagenen Veränderung zustimmen. Die Unabhängigen und Spartakisten rüfen sich schon zu dem neuen Streik. Die wirksame Förderung wird den Unruhen durch die Arbeiter zuteil. Ich richte einen Appell an das internationale Gemüß, um endlich von der Falschheit und ihren zerstörenden Wirkungen zu befreien. Ag. Dr. Kaufmann (Dn.): Gegen die Unabhängigen lehnt sich das ganze deutsche Volk empor! Mit diesem Antrag wollen sie die deutsche Empörung von sich ablenken. Ag. Bud (U. S.): Wir Unabhängigen verwerfen alle Gewalt. (Beifall.)

Ag. Riedel (Dem.): Wir erleben die Verwirklichung des Sozialismus nicht in der Theorie, sondern in der Praxis. Eine Kommission nach dem mehrheitssozialistischen Antrag genügt uns nicht. Ag. Kaufmann (Dn.): Wir haben den Belagerungszustand nicht aufgehoben, solange ein solcher Belagerungszustand besteht. Die Belagerung wegen der Unruhen und des Streites nicht aufgehoben werden, bis alle Verordnungen wieder in Kraft sind. Die völlige Verunsicherung einströmen ist. solange uns angedroht wird, daß am 28. März der nächste Streik ausbrechen wird, solange ein solcher Belagerungszustand besteht. Die Belagerung wegen der Unruhen und des Streites nicht aufgehoben werden, bis alle Verordnungen wieder in Kraft sind. Die völlige Verunsicherung einströmen ist. solange uns angedroht wird, daß am 28. März der nächste Streik ausbrechen wird, solange ein solcher Belagerungszustand besteht. Die Belagerung wegen der Unruhen und des Streites nicht aufgehoben werden, bis alle Verordnungen wieder in Kraft sind. Die völlige Verunsicherung einströmen ist.

es verzicht jetzt große Sorge. daß die Regierung die Truppen zu früh wegzunehmen könnte. Wir haben auch an dieser Stelle alle Anlaß der braven Truppen, die uns befreit haben, herzlichsten Dank auszusprechen. Ein Schlusstrang wird angenommen. Ag. Hoffmann erklärt in seinem Schluswort eine reine Parlamentskommission im Sinne der Mehrheitssozialisten für ungenügend. Die Kommission müßte im Sinne seines Antrages aus gleichen Teilen aus Mitgliedern der Landesversammlung und des Volksrates zusammengesetzt sein. Ueber den Antrag Hoffmann wird namentlich abgelehnt. Da das Sans augenblicklich nicht mehr beschlußfähig ist, wird die Abstimmung ausgesetzt, und das Sans vertagt sich. Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr: Abstimmung, Verfassung, Diätenfrage, sämtliche Anträge. Sitzung 8 1/2 Uhr.

## Der Kudoßkötter Landtag.

Kudoßkötter, 17. März. Der neue Landtag von Schwarzburg-Kudoßkötter wird sich nach den Ergebnissen der gestern beschlossenen Wahlen wie folgt zusammensetzen: Mehrheitssozialisten 10, Deutschdemokraten 3, Bauernbund 2, Deutsche Volkspartei 1 und Unabhängige Sozialdemokraten 1 St.

## Die Anerkennung der deutschen Regierung.

Basel, 17. März. (Eigene Drahtnachricht.) Romme Vödre meldet, daß die Alliierten am 18. März die Anerkennung der jetzigen deutschen Regierung beschlossen haben.

## Deutschland wird auf einem gerechten Frieden bestehen.

Kopenhagen, 17. März. (Eigene Drahtnachricht.) „Eurasia“ wird aus Stockholm gemeldet: In gut unterrichteten deutschen Kreisen verläutet mit größter Bestimmtheit, daß Deutschland es ablehnen wird, einen Frieden zu unterzeichnen, der nicht in Uebereinstimmung mit Wilsons 14 Punkten steht. Man soll sich über die Folgen einer solchen Ablehnung vollkommen klar sein und werde unter keinen Umständen einen Frieden annehmen, der den Keim zu neuen Konflikten in sich trägt.

## Die deutsche Tonnage reicht zur Lebensmittelförderung aus.

Berlin, 17. März. (Eigene Drahtnachricht.) Aber die Höhe der deutschen Tonnage, die für die Lebensmittelförderung in erster Linie zur Verfügung steht, herrschen vielfach irrige Ansichten. In Betracht kommen natürlich nur solche Schiffe, die sofort anlaufen können, d. h. die sich in einem sehr geringen Zustande befinden, was keineswegs von der gesamten deutschen Tonnage gesagt werden kann. In Abzug zu bringen sind auch die Dampfer, die während des Krieges an Hilfskreuzer umgearbeitet wurden und jetzt als Frachtdampfer nicht zu verwenden sind. Wie aus von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ergibt eine genaue Eichtung der Jahrgänge, daß 1250 000 Tonnen deutscher Schiffe sofort anlaufen können, eine Zahl, die hinreicht, um bei regelmäßiger Fahrt die notleidenden Länder reichlich mit Lebensmitteln zu versorgen.

## Von den kommenden Lebensmitteln.

Berlin, 17. März. Wie die Blätter melden, wird das mit der Entente geschlossene Lebensmittelabkommen zunächst nicht geklärt, die Prostration zu erhöhen, selbst wenn die erste Sendung von 270 000 Tonnen Getreide in Deutschland angekommen ist. Diese Sendung kann nur dazu dienen, die bisherigen Prostrationen sicherzustellen, die ohne die Getreidezufuhr schon in nächster Zeit hätten heruntergesetzt werden müssen. Ob später die Nationen erhöht werden können, wird von der weiteren Einfuhr abhängen, die nur möglich sein wird, wenn wir die zur Einfuhr zugelassenen Quantitäten im Auslande kaufen können und die nötige Tonnage haben, um die Einfuhren zu bewerkstelligen. Können wir diese Voraussetzung erfüllen, dann wird sich später allerdings unsere Versorgung, insbesondere mit Brot, Fleisch und Fett, günstiger gestalten. Dagegen dürfte mit einer Verbesserung des Brotes zu rechnen sein, da man die Ausmahlung des Getreides herabsetzen kann. Aber die Verteilung der Getreide und Fleischmengen läßt sich noch nichts Sicheres sagen. Daß sollen Erwägungen darüber angestellt werden. Die Großstädte zu bevorzugen. Der amerikanische Schmalz besitzt nicht den seinen Geschmack den man von Schweinefleisch gewöhnt ist. Der amerikanische Speck ist ungeruchert in Salz und Salpeter konserviert. Es empfiehlt sich, den Speck zu wässern und dann räumen zu lassen. Das Schweinefleisch ist gepökelt und recht schmackhaft. Ausgesiebert ist das Bierschmalz, das in langen schmalen Streifen getrocknet ist. An kondensierter Milch wird geduckte und ungezuckte Vollmilch gekostet.

## England will nicht zurückbleiben.

Bern, 17. März. (Eigene Drahtnachricht.) Aus britischen Handelskreisen wird berichtet, daß England in Kürze selbst an der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln teilnehmen wird. Insbesondere sollen Konfektions-, Textil-, Schuh- und Lederwaren eingeföhrt werden. Aus diesem Grunde wird auch in jüngster Zeit von englischer Seite das Anspruchsrecht für die neutralen Länder sofort durchgeführt, um auf diese Weise die Neutralen vom Handel mit Deutschland auszuschließen. Die Warenzuföhrtung an Deutschland soll sofort nach der Unterzeichnung der Friedenspraktikanten beginnen. Diefelbe Mitteilung ging auch den englischen Margarinefabrikanten zu, die bereits große Bestellungen für Deutschland sammeln.

## Das neue Schiffsahrtsabkommen.

Berlin, 17. März. Ueber den Inhalt des neuen Schiffsahrtsabkommens mit der Entente melden die Abendblätter unter anderem: Die deutsche Regierung ist verpflichtet, alle ihre Energie darauf zu konzentrieren, Schiffe von erhöhter Tragfähigkeit bauen und vom Stapel gehen zu lassen. Für die Bedürfnisse der deutschen Ostfront wird eine Anzahl von Schiffen freigegeben. Die feindlichen Vertze der Entente, es könne gar keine Rede davon sein, daß bei der ersten Infahrt der britischen und französischen Häfen durch deutsche Mannschaften diese beibehalten würden. Die deutschen Mannschaften würden auf Kosten der Alliierten, aber auf Kosten, die Deutschland zu stellen hätte, in ihre Heimatländer zurückgeföhrt. Dagegen sei die Frage der deutschen Bemanning der Schiffe für eine normale Zeit sehr ernste Erwägung wert, wenn deutsche die normalen Schiffe mit Kohle versorgen könnte, so würde die transatlantische Fahrt wieder können. Eine Disposition erlassen sich auch darüber, ob die auf deutschen Werften im Bau befindlichen Schiffe unter das Abkommen fallen und ausgeliefert werden sollen, oder in deutschem Besitz bleiben. Die Deutschen vertreten natürlich den Standpunkt, daß diese Schiffe nicht unter das Abkommen fallen. Die feindlichen Delegierten werden dabei ihren Regierungen berichten.

## General Hoffmann über die Bekämpfung des Bolschewismus.

Genf, 17. März. (Eigene Drahtnachricht.) Dem Bureau Europa Press wird aus London indirekt gemeldet: Ein Vertreter des Daily Express hatte eine Unterredung mit dem General Hoffmann, dem jetzigen Generalstaabschef Hindenburgs. Aus der Unterredung ist die Äußerung hervorzuholen, daß der Bolschewismus der beste Verbündete der Entente gewesen sei. Ohne ihn hätte die Entente nie den Krieg gewonnen. Der Bolschewismus kann nur mit Waffenengewalt vernichtet werden. Dazu lei aber ein hartes Ententeheer nötig, das Seite an Seite mit der deutschen Armee gegen die russischen Bolschewisten kämpfen müsse. Das müsse schnell geschehen, bevor es zu spät sei. Auch in Frankreich und England gäbe es mehr russische Agenten als man glaube.

## Vereitelter Putsch in Rasthof.

Rasthof, 17. März. (Eigene Drahtnachricht.) Gelegentlich eines Vortrages des ehemaligen Volksbeauftragten Barth war, wie aus Rasthof gemeldet wird, ein Putsch größerer Umfanges geplant, der aber rechtzeitig verhindert wurde. Es wurden die öffentlichen Gebäude sofort besetzt. Als Barth mittags um 4 Uhr mit dem Veronesen von Breslau kam, wurde er mit dem nächsten Zuge wieder abgeholt. Der Veronesen erklärte, daß die Versammlung nicht stattfinden dürfe. Man einigte sich dann die Versammlung aufzulösen, wenn das Militär zuerst abziehe. Dies erfolgte, wodurch wurde ein weiterer Zwischenfall vermieden.

## Drohender Eisenbahner- und Bergarbeiterstreik in England.

Haag, 17. März. (Eigene Drahtnachricht.) Aus London wird gemeldet: Der Führer der britischen Eisenbahner Thomas erklärte in einem Interview, daß die Lage sehr ernst sei. Am Freitag werden die Abgeordneten der Bergwerks- und Eisenbahnbetriebe über die Streikfrage beraten. Das Eisenbahnpersonal ist für den Streik. Wie jetzt die Dinge liegen, kann die Situation sogar als drohend angesehen werden. Die Führer haben die Kontrolle über die Arbeiter vollkommen verloren. Die Regierung wird also, wenn es zu einem Streik kommen sollte, die Forderungen der beiden Gruppen bewilligen müssen. Lloyd George und der Präsident des Eisenbahnerverbandes sind auch der Ansicht, daß die Lage hoffnungslos sei.

## Keine Aufhebung der theologischen Fakultäten in Preußen.

Berlin, 17. März. Der „Tag“ bringt in seiner Nummer 111 vom 15. März 1919 eine Notiz über die angeblich beabsichtigte Aufhebung der theologischen Fakultäten an den preussischen Hochschulen. Die Notiz gründet sich auf einen in

